

Keine Abstriche bei der Sicherheit

Die Ereignisse des Sommers 2024 haben eindrücklich in Erinnerung gerufen, wie wichtig der Schutz vor Naturgefahren ist. Der Schutz vor Naturgefahren muss deshalb verstärkt werden und darf nicht kurzfristigen Sparmassnahmen zum Opfer fallen.

Thomas Egger – SAB – Seilerstrasse 4 – 3001 Bern

Die Schweiz als Alpenland ist immer wieder mit Naturgefahrenereignissen konfrontiert. In der öffentlichen Wahrnehmung dominieren dabei vor allem jene Ereignisse, die am häufigsten eintreten wie etwa Lawinen. Die Medien spielen für diese Wahrnehmung eine wichtige Rolle, werden doch schon vergleichbar banale Wetterereignisse wie eine Gewitterfront gerne mit apokalyptischen Schlagzeilen hochstilisiert. Weniger häufige – aber umso gefährlichere – Naturgefahren werden demgegenüber ausgeblendet. Die Medien sind in diesem Sinne ein wichtiges Glied der Risikokultur, also des Umgangs mit Naturgefahren.

Risikokultur

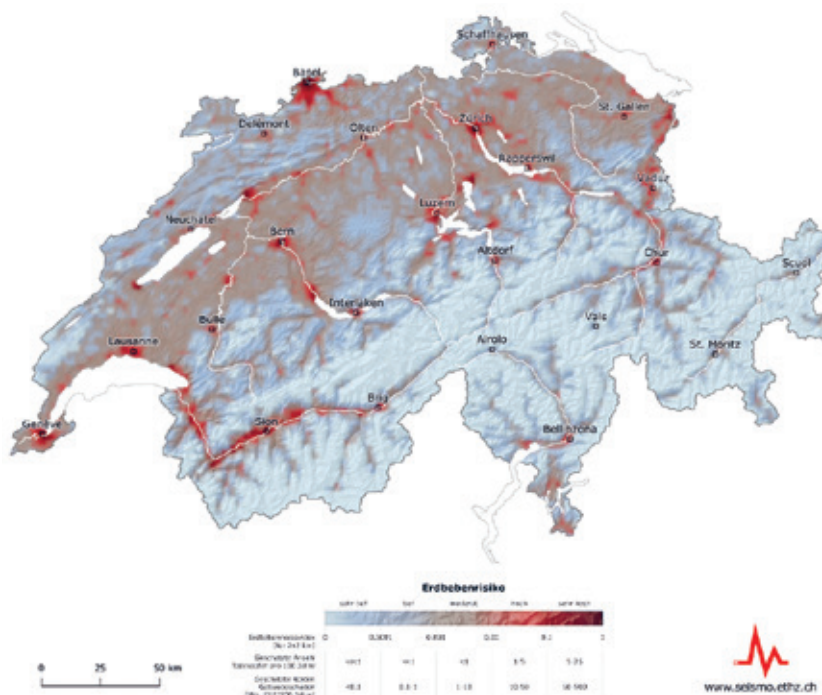
Die Schweiz verfügt über einen reichen Erfahrungsschatz im Umgang mit Naturgefahren. Der Ansatz des integralen Naturgefahrenmanage-

ments reicht denn auch von der Information und Sensibilisierung, über planerische, organisatorische und bauliche Schutzmassnahmen bis hin zur Ereignisbewältigung und -aufarbeitung. Jeder gute Ansatz ist aber nur so gut, wie seine Umsetzung. Wenn wider besseren Wissens Baubewilligungen für Wohnhäuser in der Gefahrenzone bewilligt werden, so haben die Planungsbehörden versagt. Und auch ein Grossprojekt wie die Rhonekorrektio kann seine volle Wirkung nur entfalten, wenn der Rotten auf der gesamten Länge korrigiert wird. Sonst verlagert sich das Problem nur einfach an einen anderen Ort. So geschehen im Sommer 2024. Während der bereits korrigierte Abschnitt bei Visp die Wassermassen gut bewältigen konnte, trat der Rotten bei Siders über die Ufer, mit verheerenden Konsequenzen. Das Projekt der dritten Rhonekorrek-

tion ist bewilligt, die Kredite sind von Bund und Kanton gesprochen, jetzt gilt es, das Vorhaben umzusetzen.

Schutz verstärken

Auch die Verkehrswege müssen besser vor den zunehmenden Naturgefahrenereignissen geschützt werden. Die entsprechenden finanziellen Mittel von Bund und Kantonen müssen deshalb aufgestockt werden. Nur geschieht derzeit auf Bundesebene gerade genau das Gegenteil. Geht es nach den Sparplänen des Bundesrates, so sollen die Beiträge für die Bahninfrastruktur und die Strassen gekürzt werden. Gleichzeitig will der Bundesrat auch die Beiträge für den Wald, den Hochwasserschutz und weitere wichtige Bereiche kürzen. Auch der Bereich der Anpassung an den Klimawandel soll gekürzt werden. Dabei wäre es eigentlich wichtig, dass zusätzliche



Mittel bereit gestellt werden, damit sich Bereiche wie der Tourismus an die veränderten Verhältnisse anpassen können.

Erdbeben – die unterschätzte Gefahr

Braucht es immer zuerst eine Katastrophe, bevor die Politik wirklich reagiert? Je seltener ein Naturgefahrenereignis eintritt, desto geringer scheint die politische Motivation sich darauf vorzubereiten. Ganz akut ist dies im Bereich der Vorbereitung auf ein nächstes grösseres Erdbeben. Das ist in der Schweiz statistisch gesehen schon lange fällig. Ein grösseres Erdbeben ist aufgrund des Schadenspotenzials das mit Abstand grösste Naturgefahrenrisiko für die Schweiz. Ein Erdbeben wie dasjenige in Basel von 1356 würde heute schätzungsweise Schäden von 45 Mrd. Fr. verursachen. Ein Blick auf die Karte der Erdbebenhäufigkeit aber auch auf die Karte der Risikoexposition genügt, um zu erkennen, dass fast die ganze Schweiz von Erdbeben gefährdet ist. Die Erdbebenhäufigkeit ist naturgemäss am grössten im tektonisch aktiven Alpenbogen und im Oberrheingraben. Die hohe Siedlungsdichte führt aber auch zu einer grossen Risikoexposition in den Grossagglomerationen Bern und Zürich. Die Folgen grösserer Schadereignisse können von den betroffenen Gebietskörperschaften nicht alleine bewältigt werden, weder in einem finanzstarken Kanton wie Basel-Stadt noch in einem finanzschwachen Kanton wie Wallis. Die Mittel des schweizerischen Erdbebenpools mit seinen 2 Mrd. Fr. reichen nicht ansatzweise, um diese Kosten zu decken. Zudem sind heute nur rund 15% der Gebäude in der Schweiz mittels privater Versicherungen gegen Erdbebenschäden versichert. Diese Marktdurchdringung ist deutlich ungenügend. Offensichtlich werden die Erdbebenrisiken in der Bevölkerung immer noch unterschätzt und es besteht die Erwartung, dass bei einem grösseren Ereignis der Bund die Hilfestellung übernehmen würde.

Eventualversicherung gegen Erdbeben

Doch die Bundespolitik tut sich seit vielen Jahren schwer mit dem Thema. Mehrere Anläufe für eine obligatorische Erdbebenversicherung sind

im Parlament gescheitert. Dieses Jahr wird sich das Parlament nun zumindest mit dem Vorschlag für eine Eventualversicherung auseinandersetzen. Bei einem Erdbeben sollen demnach alle Hauseigentümer eine Einmalprämie leisten. Das wäre ein Akt der Solidarität unter den Hauseigentümern und würde nicht die gesamte Last für die Krisenbewältigung dem Bund und den Kantonen aufbürden. In der Vernehmlassung hatten jedoch die SVP, FDP und GLP sowie die Wirtschaftsverbände die Vorlage abgelehnt. Es stehen somit schwierige politische Beratungen und anschliessend eine obligatorische Volksabstimmung bevor. Bleibt zu hoffen, dass die politischen Mühlen schneller mahlen als die Kräfte der Plattentektonik.

RÉSUMÉ

Aucune concession sur le dos de la sécurité

En tant que pays alpin, la Suisse est habituée à affronter des catastrophes naturelles, comme nous l'a rappelé la saison estivale de 2024. Heureusement, la Suisse possède une importante expérience en la matière et a appris à gérer les risques de manière intégrée (mesures de prévention, de sensibilisation, d'aménagement du territoire, etc.). Cependant, les projets de sécurisation doivent englober l'ensemble de la problématique considérée. Dans le cas contraire, comme dans le cadre de la troisième correction du Rhône, les risques sont juste repoussés un peu plus loin. En raison de l'augmentation des événements naturels, il est nécessaire d'accroître les moyens financiers, au niveau national et cantonal. Pourtant, les mesures d'économie fédérales prévoient de réduire les budgets destinés aux forêts de protection, à la protection contre les crues, aux routes et au rail, ou encore afin de s'adapter au changement climatique. De plus, les risques liés aux tremblements de terre sont sous-estimés; certainement parce que les grands séismes surviennent peu fréquemment. Mais statistiquement, plus le temps passe et plus la Suisse pourrait y être confrontée, comme celui qui a eu lieu en 1356. Un tel événement pourrait occasionner quelque 45 milliards de francs de dégâts et

impacter une grande partie de la Suisse, dont l'arc alpin en particulier. Les moyens prévus à cet effet, soit environ deux milliards de francs, sont totalement insuffisants, tout comme la part de bâtiments couverts par une assurance privée (environ 15%). Cette année, le Parlement fédéral doit d'ailleurs se prononcer sur une assurance solidaire, qui devrait être financée par tous les propriétaires d'habitations.

RIASSUNTO

Nessuna concessione sulla sicurezza

In quanto paese alpino, la Svizzera è abituata ad affrontare delle catastrofi naturali, come ci ha ricordato la stagione estiva del 2024. Fortunatamente, la Svizzera possiede una grande esperienza in questo settore e ha imparato a gestire i rischi in modo integrato (misure di prevenzione, di sensibilizzazione, di pianificazione del territorio, ecc.). Tuttavia, i progetti di sicurezza devono comprendere l'insieme del problema. In caso contrario, come nel caso della terza correzione del Rodano, i rischi sono solo stati spinti un po' più in là. A causa dell'aumento degli eventi naturali, è necessario incrementare le risorse finanziarie, a livello nazionale e cantonale. Tuttavia, le attuali misure federali di risparmio prevedono di ridurre i budgets destinati alla protezione dalle esondazioni, dei boschi di protezione, delle strade, le ferrovie o per adattarsi ai cambiamenti climatici. Inoltre, i rischi associati ai terremoti sono sottovalutati, probabilmente perché i grandi terremoti si verificano raramente. Ma statisticamente, più passa il tempo e più la Svizzera potrebbe confrontarsi con essi, come quello che ebbe luogo nel 1356. Potrebbe causare danni per circa 45 miliardi di franchi e colpire gran parte della Svizzera, in particolare l'arco alpino. Le risorse messe a disposizione a tale scopo, pari a circa due miliardi di franchi, sono del tutto insufficienti, così come la quota di immobili coperti da assicurazione privata (circa il 15%). Quest'anno, il Parlamento federale voterà su un'assicurazione solidaire, che dovrebbe essere finanziata da tutti i proprietari di abitazioni.